

für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Auslieferung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Am amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit Quittungsbogen „Saale-Dr.“ gestattet. Herausgeber der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Redaktion Nr. 176; der Annoncen-Redaktion Nr. 1133.

Saale-Beitung.

Sechshundertziger Jahrgang.

werden die Spezialisten Kolonialliste oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 20 Pf., berechnet und in unseren Annoncenbüchern an allen Annoncen-Expositionen angenommen. Preislisten die Seite 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Ml.

Erscheint täglich vormals, Sonntags und Montags einmal

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Sandenstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 4.

Halle a. S., Donnerstag, den 4. Januar.

1912.

Der Adel im Heere.

Der Berliner Gardeleutnant v. P e t t e r, der sich von der Kaufmannsrau allmonatlich braune Lappen zulefen ließ, ist zur Strafe vorläufig in ein Provinzregiment versetzt worden. Der Fall geht wieder, daß die Regimenter verschieden bemerkt werden, und daß die Verlesung eines Adligen von Berlin nach der Provinz als eine Strafe angesehen wird.

Durch den Fall wird von neuem die Aufmerksamkeit auf die Benennung des Adels bei der Besetzung militärischer Stellen gelenkt. Die Geschichte wird manchem langweilig, aber in der Politik darf man nicht ruhen noch rasten, bis das Ziel erreicht ist. Und fast scheint es, daß man sich von ihm gegenwärtig entfernt. Es war einmal ein preussischer Kriegsmittler, der sich von Kamele, und als er zur Rede gestellt wurde, daß immer mehr Regimenter nur adlige aktive Offiziere haben, auch die Zahl der Regimenter stetig wachse, bei denen ausschließlich Offiziere als Referentoffiziere sind, da machte er ein treuherrliches Gesicht und verhielt, die Armee kenne einen Unterschied zwischen adligen und bürgerlichen Offizieren ebensowenig wie zwischen Offizieren mit blonden und braunen Augen. Das war hübsch gesagt, nur leider nicht wahr. Man braucht nur die Rangliste durchzusehen oder Statistiken, die Jahr für Jahr daraus zusammengefaßt werden, um zu wissen, daß in Preußen der Träger eines bürgerlichen Namens kommandierender General, aber in keinem Fall Leutnant in einem der vornehmen Regimenter werden kann, und daß diese vornehmen Regimenter sich seit einigen Jahrzehnten bedenklich vermehrt haben.

Angemüht haben erste Männer, Militärs und Zivilisten, gegen dieses Ergebnis jungerlicher Dünselfeit sich länger Zeit. Auch Kaiser Friedrich als Kronprinz hat aus seiner Beurteilung dieser hochmütigen Ausschließlichkeit kein Hehl gemacht. Von ihm stammt das spöttische Wort von „Konzeptionschulen“, von dem einen bürgerlichen Offizier, den man in dieses oder jenes adlige Korps bringe, um die bezüchtigte Kritik wenigstens mit einem Schein von Berechtigung abwehren zu können. Wie die Heudelei eine Huldbildung des Laifers an die Tugend genannt wird, so ist der Konzeptionschule eine Huldbildung einer privilegierten Klasse an die Gleichberechtigung. Aber diese Huldbildung blieb im engen Rahmen.

Daß die Offizierskorps, die nur mit Adligen besetzt sind, niemals eine größere Tapferkeit und Tüchtigkeit bewiesen hätten, als gemittelt, überwiegend oder ganz bürgerliche, muß nachdrücklich bestritten werden. Möglich, daß sie sich durch Kurzs, Aufwand, Schuden und gesellschaftliche Antriebe hervorzu, durch geistige und jauchige Leistungsfähigkeit gewiß nicht. Als der Erbprinz von Preußen, ein glänzender Feldherr, zu den Wandern in Deutschland weilte, fand er das dritte Armeekorps dem Gardekorps überlegen. Das Gardekorps hat die meisten adligen Offiziere. Viele seiner Regimenter sind ganz „bürgerlich“. Das hat vielleicht mißliche Folgen für den Ernstfall. Es kann nämlich ein Offizierskorps „ausgezeichnet“ zusammengesetzt sein, daß es im Krieg für eine Reiterattache „zu schade“ erscheint. Daher

ist es nur gutzuheißen und aus den verschiedensten Gründen angebracht, eine Mischung der Elemente zu begünstigen. In neuerer Zeit sind eine ganze Anzahl Verlesungen erfolgt, allerdings eher der Kriegsminister v. Heeringen sein jetziges Amt angetreten hatte. Es sind tatsächlich bürgerliche Offiziere in bisher ausschließlich adlige Gardeoffizierskorps versetzt worden. Worüber freilich einige Junker mißvergünstigt bemerkten: „Sie werden uns noch die ganze Garde verschandeln.“ Aber wenn so ein bürgerlicher Major oder Leutnant das Herz auf dem rechten Fleck und Haars auf den Zähnen hat, wird er sich unter den adligen Kameraden den nötigen Respekt zu verschaffen wissen.

Wenn auch das Thema alt und manchem langweilig ist, es muß weiter behandelt werden und es wird und darf nicht zur Ruhe kommen, als bis die verfassungsmäßige Gleichberechtigung des Bürgertums mit dem Adel im Offizierskorps allenfalls zur Wahrheit gemacht ist.

Frankreichs „Nationalheld“.

Pariser Morgenblätter bringen wieder spaltenlange Artikel über die Flucht des Hauptmanns Luz aus Glatz.

Der Fluchtplan

war von dem Bruder des Hauptmanns und einigen intimen Freunden der Familie in Paris vor ungefähr zwei Monaten in Angriff genommen worden. Der Kapitän korrespondierte mit seiner Familie ebenfalls mit Hilfe der unsichtbaren Linie. Er schrieb seinem Bruder, daß er sich langweile und Mittel zur Flucht finden müsse; darauf begann die Zubereitung geeigneter Mittel von Paris aus. Kapitän Luz erhielt nachher fünf farbbare Bleistifte, ein Lineal und einen Zirkel; die Bleistifte waren ausgehöhlt und enthielten anstatt der Farbsubstanz Me-tallosägen, die Bekandnisse zum Spannen der Säge waren heimlich in die Einkünfte einer geometrischen Werkzeugschneiderei hineingebracht. Etwas später erhielt Luz von einem Freunde einen Kalender für das Jahr 1912; diesen Kalender hatte der Freund eigenhändig mit großer Sorgfalt fabriziert, zwischen zwei Pergamentblätter war ein Plan der Festung Glatz und der Umgebung eingeklebt, der dem Kapitän Luz bei seiner Flucht zur Orientierung dienen sollte. Diese Karte war die erste, die im französischen Generalstab ausgehört worden war. Schließlich erhielt Luz auf seinen Wunsch und mit Bewilligung der Festungsbehörden zwei große Leinwandtücher für sein Bett. Diese Tücher dienten ihm gleichfalls bei seiner Flucht aus dem Fenster, im geeigneten Moment zerhielt er die Tücher in kleine Streifen und verband diese Streifen zu einem längeren Seile. In der letzten Sendung wurde ihm in einem Werke des Akademikers Mallon eine größere Summe in Papiergeld geschickt. Nach seiner Flucht aus der Festung ging Kapitän Luz zu Fuß auf den Bahnhof, wo er den Zug nach Orléans bestieg. (Die Erzählung von dem wahren Helden soll hier mit — wie so viel anderes — als ungenügend heraus! Die Red.) Im sich unternimmt zu machen, hatte Luz einen langen dunkelgrünen Reifemantel und eine neue goldene Brille und konnte so unbehelligt den Bahnhof erreichen und den Zug besteigen.

Luz wird nicht, wie behauptet wurde, als Deserteur vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Er ist mit der ausdrücklichen Bewilligung seiner Vorgesetzten nach Deutschland gegangen. Daß er infolge seiner Gefangenahme nicht zurück-

kehren konnte, wird als force majeure angeführt. In der französischen Rangliste blieb sein Name nach wie vor stehen. Luz hat, wie bereits gemerkt, vorläufig einen einmonatlichen Erholungsurlaub erhalten, den er in Nizza in der Villa Zurbadto verbringen wird. Es ist ihm streng befohlen worden, sich während seiner Reise jeder Kundgebung zu enthalten.

Der „Matin“ trifft bei dieser Gelegenheit die Erzählung von der Flucht im Kriegsjahre 1870 auf, die der ehemalige Kapitän und nachmalige Kriegsminister Zurlinden mit anderen Offizieren aus der Festung Glatz bewerkstelligte. In seiner Erzählung über die Flucht erwähnt Zurlinden die Verlesung des damaligen Gouverneurs von Wiesbaden, General v. Sanger, der, als er die Nachricht von der Flucht Zurlindens erhielt, sagte: „Das ist ein tapferer Offizier!“

Eine Verhaftung.

Breslau, 3. Jan. Wie der „Frankenstein-Wüstenberger Zeitung“ gemeldet wird, ist der junge französische Sprachlehrer, gegen den der Verdacht vorliegt, er habe an der Flucht des Hauptmanns Luz mitgewirkt, in Frankenstein verhaftet worden.

Auf der Lokomotive.

Von einem alten Lokomotivführer geht uns folgende, sehr anschaulich geschriebene Abhandlung zu:

Wenn die deutschen Staatsbahnverwaltungen sich gegenüber der allgemeinen Einführung der Zugführungsapparate bis jetzt noch ablehnend verhalten, so haben sie dafür ihre guten Gründe. Bedenke im großen Stil, u. a. auf der Straße Halle — Berlin, haben den Betrieb erbracht, daß ein Apparat, welcher unter allen Umständen, auch bei unglücklichen Witterungserscheinungen (Schnee, Eis, Nebel), dauernd sicher wirke, erst nach Erfolge in mehreren Versuchsapparaten über einen solchen Apparat nicht haben, solange dieser noch immer der tüchtigste Lokomotivführer die beste Gewähr für die sichere Beförderung der Züge. Auch die elektrischen Zugschwerer, welche das Ueberfahren eines „Halt“ zeigenden Einfahrtssignals melden und registrieren, sind keineswegs die ideale Einrichtung, als welche die der einseitige Beurteiler darstellt und wie sie auf den ersten Blick erscheinen. Denn sie lassen nur erkennen, ob ein Signal in Haltedstellung überfahren wurde, geben aber keinen Aufschluß darüber, unter welchen Umständen dies geschah. Wenn u. B. ein auf „Halt“ stehendes Signal kurz vor dem heran-nähernden Zug in „Halt“ umgewandelt wird — was möglich ist und aus sicherheitstechnischen Gründen möglich sein muß —, so wird selbstverständlich der Lokomotivführer, auch wenn er das Strahlensignal sofort bemerkt, nicht innehalten sein, den Zug nach vor dem Signal anzuhalten. Der Apparat verzeichnet in diesem Falle einfach ein Ueberfahren des Haltedsignals. Zur Klärung der Sache ist folgende im Falle eines Unfalls vermögliche Apparat in seiner jetzigen Form recht wenig geeignet. Seine Anwendung ist darum auch, obwohl er schon seit einigen Jahren im Gebrauch ist, auf einige wenige Stationen beschränkt. Den Zweck, ein untrüglicher Zeuge zu sein, kann nur ein Registrierapparat erfüllen, der, ein Signalmaß angebracht und mit einer Zeituhr verbunden, jede Bewegung des Signalfügels und jede Stellung desselben auf die Sekunde genau registriert. Nur

Feuilleton.

Felix Dahn †

Von Martin Feuchtwanger-Halle.

Mit Felix Dahn hat der Tod einen fast Achtzigjährigen, dessen Name schon vor mehr als einem halben Jahrhundert einen guten Klang hatte, dahingerafft. Felix Dahn stand sicherlich nicht mehr mitten in seinen Schöpfen, aber er stand in geistiger Reife. In der Arbeit der Jungen hat er auch im letzten Jahrzehnt noch teilgenommen wie einer, der selbst noch ringt um die Palmen der Mufen.

Felix Dahn hat zu den wenigen gehört, deren Werke man schon zu Lebzeiten des Dichters der Jugend empfiehlt. Uns und unseren Eltern hat man schon in der Schule, wenn wir auch mal was anderes als Klassiker lesen wollten, gesagt: Zeit Felix Dahn, lest den „Kampf um Rom“. Der diebischebige Roman — hämische Kritiker pflegten „den nichtaußerbösenden Roman“ zu sagen — „Der Kampf um Rom“ ist so bekannt wie die Werke unserer Großväter. So viele Tausende von Kindern legten sich im Laufe der letzten Jahrzehnte mit dem Gedanken an den Roman schlafen, so viele Tausende von Kindern bekamen über dem Buch erlöste Kräfte, so viele Tausende von Kindernherzen schlugen bei dem Gedanken an den „Kampf um Rom“ höher, daß mit dem Dichter schon um dieses einen Romans willen zu Dant verhaftet sind. Wer sich die Jugend im Sturm zu erobern weiß und ihr Interesse dauernd festhalten kann, dem schließt ein warmes Herz in der Brust.

Daß Felix Dahn die Segel in der Jugend, keineswegs die Berechnung oder der Ehrgeiz, zu seinem dichterischen Schaffen getrieben hat, das gesehen selbst seine Feinde zu. Den vielen Tausenden von Felix Dahns Freunden stehen ebenso viele Tausende von Feinden gegenüber. Wer sich der Jugend widmet, wer aus seinem Herzen seine Wördegrube macht und wer seine Begeisterung nicht einbüßt, sondern schürt, der wird in m e r angefeindet. Das wußte Felix Dahn sehr, daß er das es ihn nicht gränzte, sehen wie am besten daraus, daß er

sich in seinem Schaffen niemals beeinträchtigen und daß er sich die Freude an seiner Arbeit nie in seinem Leben vergällen ließ. —

Felix Dahn wurde 1834 in Hamburg geboren. Er entstammte einer hochangesehenen Schauspielersfamilie. Im Hause seiner Eltern schon bekam er Anregungen der mannigfaltigen Art. Den größten Teil seiner Jugend verlebte er in München; Fragen der Kunst standen in seinem Leben obenan; trotzdem vernachlässigte er auch in der Jugend nicht seine wissenschaftlichen Studien. Er war noch nicht 30 Jahre alt, als er einen Ruf als Professor der Rechtsgeschichte an die Universität Würzburg erhielt. Professor der Jurisprudenz, ein Lehrer der Jugend, blieb er bis zu seinem Tode. Sein Ruf als Künstler verleitete ihn nicht dazu, die Professur an den Nagel zu hängen. Lange Zeit wirkte er in Würzburg, später in Königsberg, vom Jahre 1888 bis zu seinem Lebensende in Breslau. Als Jurist und als Historiker erwarb er sich in wissenschaftlichen Kreisen einen langdauernden Namen. Der Dahns Gesamtschaffen überblickt, darf kein geschichtliches Werk „Die Könige der Germanen“, ein Werk in 11 Bänden, nicht vergessen. Von anderen Geschichtsbüchern zeichnet sich Dahns Werk vor allem durch die künstlerische Gestaltung aus, mit der er die einzelnen Kapitel ausgearbeitet. Seiner Phantasie legt er in dem wissenschaftlichen Werk aus strengste die Fügeln an. Niemand verliert er den Boden der Wirklichkeit. Aber was er schreibt, erwacht zu neuem Leben. Jede Trochäus fehlt. Seine „Könige der Germanen“ sind ebenso wertvoll als Kunstwerk wie als wissenschaftliches Werk.

„Ein Kampf um Rom“ und Felix Dahn, das sind zwei Namen, die untrennbar geworden sind. „Ein Kampf um Rom“ ist ein Werk, das zum Nationalgut der Deutschen geworden ist. Daß Dahn eine große Reihe von anderen Werken, Romane, Dramen, Balladen, Gedichte, aber Art verfaßt hat, das hat die Allgemeinheit vergessen, obwohl vieles darunter, das künstlerisch sehr bedeutsam ist, nach dem Urteil einiger Literaturhistoriker bedeutsamer als der „Kampf um Rom“. Ein Dichter, wie ihn sich der Deutsche vorzustellen pflegt, ist Dahn nicht. Geelenfahrungen, Naturforschungen haben ihn nur selten zu dichterischen Schöpfen angeregt. Fast immer ist es die Liebe zu seinem Vaterland, zu Deutschland, zu Deutschland

Vergangenheit, die ihn zu heller Begeisterung anfaßt. Fast alles, was er schreibt, hat historischen Hintergrund. Glühende Liebe verwebt seine Betrachtungen. Seine Vaterlandsliebe hat ihn zum Dichter gemacht. In dieser Liebe geht er mit zu den größten deutschen Dichtern. Zu den Nachahmern Hebbels und Richard Wagners zählt man ihn gewöhnlich in der Literaturgeschichte. In der Art seines Schaffens ist er vielleicht wirklich von Hebel abhängig. Das, was ihn zum Dichter macht, aber ist ureigen, ist so deutlich, daß es an sich schon unabhängig ist von Jahrhunderten.

Sein Deutschtum umgibt ihn mit einem Glanze, der nicht so schnell verfliehet wird. Nur wenn seine Sprache umhertorrt worden ist, wird der Name Felix Dahn unversessen bleiben, als der Name eines echten, deutschen Dichters.

Ueber das letzte Jahr Felix Dahns berichtet ein Telegramm aus Breslau: Felix Dahn war seit Jahresfrist von den Vorlesungen an der Universität entbunden. Bis Weihnachten unternahm er täglich mehrmals Spaziergänge. Wegen Erkrankung seiner Gattin an Gefäßkrankheiten wurden alle Weihnachtsbesuche abgelehnt, doch der Besuch eines früheren Schülers, eines auswärtigen Rechtsgelehrten, angenommen. Vor Wochenfrist erkrankte Dahn an Lungenerkrankung, der er heute erlag. Er hatte einen sanften, schmerzlichen Tod.

Das letzte Gedicht Felix Dahns.

Nach nur einigen Tagen hat Felix Dahn den Verein Berliner Presse für den „Kampf-Almanach“ des Jahres einigermasse Werke geschickt — wohl die letzten, die er aufgegeben hat. Sie klingen an ein berühmtes und vielzitiertes Wort aus seinem Drama „Deutsche Treue“ an und lauten:

„Das höchste Gut des Mannes ist sein Volk; Doch dieses Volk ist formlos, rechtlos, kampflos Dem Feind, dem Nachbar hilflos preisgegeben: Dem Volk Gehalt und Ehre gibt erst der Staat, Drum ist das höchste Gut des Volk, der Staat.“

Breslau, 27. Dezember 1911.

Felix Dahn.“

Es ist es möglich, nachträglich festzustellen, ob das Ueberfahren von Lokomotivführer veräußert oder ob das Signal erst kurz vor dem Vorüber des Zuges aus der Fahrt in die Haltestellung gebracht wurde. Das Ueberfahren der Signalanlage kommt übrigens bei Schnell- und Personenzügen, die ja sämtlich mit Luftbremse ausgerüstet sind, so gut wie gar nicht vor, und auch bei Güterzügen ist es, gemessen an der unendlichen Zahl der täglichen Zugfahrten, eine große Seltenheit.

Die Güterzüge zu verfahren, die das Ueberfahren bereits hinter sich haben und deren Einfahrt nur noch eine Frage der Zeit wird, auch bei diesen Zügen die gleiche Sicherheit und Zuverlässigkeit eintreten sollen, wie sie heute bei den Schnell- und Personenzügen besteht.

Die Signalbeobachtung und die daraus resultierenden Handlungen bilden nur einen Teil der dienstlichen Tätigkeit des Lokomotivführers — wohl den wichtigsten und vornehmsten, aber doch nicht den umfangreichsten! Die ladungsbereite Wartung und Handhabung der Lokomotive absehbare einen sehr großen Teil seiner Arbeitskraft.

Wohl jedem, der mit offenem Auge durch die Welt geht, ist es aufgefallen, daß in den letzten Jahren wahre Ungeheuer von Lokomotiven entstanden sind. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, die einerseits gingen die deutschen Staatsbahnverwaltungen dazu über, immer größere, immer gewaltigere Lokomotiven zu beschaffen. Besonders hat die Einführung des Heißdampfes die Leistungsfähigkeit der Lokomotiven zu ungeheurer Höhe gesteigert. Zahlen treten einem da entgegen, an die früher kein Mensch gedacht hat. Nahezu 2000 indizierte Pferdekräfte beträgt die bei Versuchsfahrten ermittelte Höchstleistung der modernen preussischen Schnellzuglokomotiven. Da begreift man wohl, daß ein anständiges Stück Arbeit und ein großes Maß geeigneter Sachkenntnis dazu gehören, eine solch gewaltige, auf engstem Raum zusammengebrachte Kraftanlage hundertlang in den Händen höchster Kraftentfaltung zu erhalten. Dabei können auf der Lokomotive wegen des beschränkten Raumes sowie aus anderen Gründen, deren Erklärung hier zu weit führen würde, die arbeitsparenden Einrichtungen moderner erstklassiger Dampfmaschinen, wie selbsttätige Bedienung des Rostes, selbsttätige Regelleistung, keine Anwendung finden. Der Heißdampf ist während der Fahrt nur der Wartung des Rostes beratt in Anspruch genommen, daß er die Führer bei der Beobachtung der Signale so gut wie gar nicht unterstützen kann. Der ohnehinübende Dampf der Räder und das starke Geräusch der Dampfzylinder machen überdies eine Vertändigung sehr schwierig. Der Führer ist also auf sich allein angewiesen. Niemand ist da, der im Falle eines Irrtums vorzuziehend eingreift.

Die Marokkoaffäre vor dem Berliner Schöffengericht.

Wie letztgenannt berichtet wurde, war in den „Grenzboten“ ein Artikel erschienen, in dem zwei Berliner und eine rheinisch-westfälische Zeitung als „Mannesmann-Press“ bezeichnet wurden. Gleichzeitig wurde angedeutet, daß diese Zeitungen durch ihre Artikel die Deutschenität abhöflich falsch unterrichtet hätten. Es wurde weiterhin erklärt, daß, wenn die Artikel nicht ausführten, die Besiegungen der Herren Mannesmann zu den Zeitungen aufgedeckt werden würden.

Als Erweiterung auf diese Auslassungen erschienen nacheinander Artikel in drei angriffreichen Zeitungen. Darin wurde den „Grenzboten“ „niederträchtige Verleumdung“ und „journalistische Charakterlosigkeit“ vorzuerworfen. Wegen dieser Verleumdung erhob der Verleger der „Grenzboten“, Hauptmann a. D. Cleinow, eine Privatklagebeilegung. In zwei Fällen wies das Gericht die Klage ab, einestels unter Berufung auf § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen), andererseits weil das Vergehen in Berlin sich für unzulässig erklärte. Nur gegen den verantwortlichen Redakteur der „Post“, Dr. Müller, wurde das Vergehen eröffnet, und gestern wurde gegen diesen Anklagen verhandelt. Der Angeklagte will den Beweis der Wahrheit erbringen. U. a. soll behauptet werden, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Alexander Müller, zu dem Abgeordneten Erberger, ferner zu dem Vorsitzenden des Reichstages, Reichsminister Grafen v. Bismarck, und zu dem Reichsminister der Reichsjustiz, Reichsminister v. Müller, in der Marokkoaffäre gesehen, die Weltmarokko deutsch sei. Auch soll die Resolution, die letztgenannt der Deutsche Verband in der Marokkoaffäre gefaßt hat, herangezogen werden, um nachzuweisen, daß diese Resolution, in der unter letzter Stelle Annahme gegen Frankreich verlangt wird, daß Westmarokko deutsch werde, von Herrn v. Bismarck ausdrücklich genehmigt worden sei. Es wird ferner behauptet, daß die „Grenzboten“ das offizielle Organ des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes seien und daß auch jener Artikel, der den Anlaß zu der Verlesung gab, vor seiner Drucklegung dem Staatssekretär des Auswärtigen zur Genehmigung vorgelegen habe.

Rechtsanwalt Dr. Marwig als Vertreter des Privatklägers führt aus: Er wolle mit aller Schärfe und Entschiedenheit betonen, daß in den Artikeln der „Grenzboten“ nicht ein Wort oder eine Silbe darüber gesagt worden sei, daß die Post in irgendwelcher materieller Abhängigkeit von dem Gebr. Mannesmann stünde. Die Gebr. Mannesmann hätten es in den gefährlichsten Zeiten der Krise in außerordentlich geistvoller Weise verstanden, auf die Presse einzuwirten. Es sei mehrfach darauf hingewiesen worden, aber die Erregung habe in der Gestalt der Mannesmanns besessenen Presse nicht aufgehört. Darauf habe kein Mandat die fraglichen Artikel geschrieben. Dem Beklagten würde nun obliegen, zu beweisen, inwiefern die Bezeichnung „Mannesmann-Press“ bedeute, daß die „Post“ in materieller Abhängigkeit von den Gebrüdern Mannesmann stehe. Die Bezeichnung „Mannesmann-Press“ sei jedenfalls kein Beweis dafür. Man habe letztgenannt von den „Samburger Nachrichten“ als von der „Bismarck-Press“ gesprochen, ebenso sei die Bezeichnung „Bismarck-Press“ im Gebrauch gewesen, ohne daß jemand angenommen hätte, die Zeitungen hingen in materieller Beziehungen zu Bismarck oder Bismarck. Wenn die „Post“ behauptet, daß derartige Behauptungen von keinem Mandanten erhoben worden seien, so ließe es an den Saaten herabgezogen. Wenn die Frage aufgeworfen würde, wiewo kein Mandat dazu käme, die „Post“ als „Mannesmann-Press“ zu bezeichnen, so ließe dieser bereit, Erklärungen darüber abzugeben. Was die Sache selbst anlangt, so hätten die „Grenz-

boten“ von Anfang an auf dem Standpunkte gestanden, daß eine Kompensation von Deutschland nicht gefordert werden könnte. Nach den neuesten Entschlüssen habe im September Deutschland unmittelbar vor einem Kriege mit England und Frankreich gestanden. Wenn in dieser Zeit ein Mann aufstehe und sagt: Vorkriegsrecht von der Mannesmann-Press irrzuführen, die selber durch eine kriegerische Situation in gefährlicher Weise das eine patriotische Pflicht.

Rechtsanwalt Erberger, der Vertreter des Angeklagten, legt noch einmal kurz den Sachverhalt dar. Der schwerste Vorwurf, so führt er dann aus, der dem in nationalen Leben lebenden Redakteur gemacht werden kann, ist hier erhoben worden, nämlich, daß er um materieller Vorteile willen in einer für das deutsche Vaterland so bedeutungsvollen Frage das Substitut abhöflich getäußt habe. Das sei ein schlimmer Vorwurf, daß die Worte, die der Angeklagte gemacht habe, vollkommen berechtigt waren. Der Kläger macht fernerhin der „Post“ den Vorwurf, daß sie in Abhängigkeit stehe von den Mannesmann. Aus rein sachlichen Motiven müßte die Zeitung damals die Regierungspolitik bekämpfen. Eine solche Haltung bezeichne der Privatkläger als ein unannehmliches Verhalten. Ein solcher Artikel, wie der Angeklagte selbst bestätigt, eine außerordentlich scharfe Zurückweisung in seinem Blatte zu bringen. Die „Post“ hat weiter nichts getan als gesagt, das Verhalten des Privatklägers sei eine nichterträgliche Verleumdung und eine Charakterlosigkeit. Diese Ausbrüche beziehen sich lediglich auf die behauptete Irreführung und auf die angebotene Wöhlung der Fäden, die zu dem Mannesmannschen Gelde führen sollten. Dem Angeklagten steht unbedingt der § 193 zur Seite. Der Verteidiger plädiert demgemäß auf Freisprechung. Wenn das Gericht indessen den § 193 nicht zulasse, so wolle der Verteidiger den Wahrheitsbeweis antreten.

Nach Replik und Duplik der Anklage bemerkt sodann der Privatkläger Cleinow selbst, was er nicht vernein, daß der Staatssekretär v. Bismarck die Rechte v. Bismarck über das, was zwischen ihm und dem Vorliegenden des deutschen Reichstages, Grafen v. Bismarck, zur Kontroverse geführt hatte, vor Gericht auszusagen.

Nach kurzer Beratung fällt das Gericht folgendes Urteil: Der Angeklagte wird freigesprochen, die Kosten des Verfahrens werden dem Privatkläger auferlegt. Dem Angeklagten wurde der § 193 im weitesten Maße zugestimmt.

Der Kläger Cleinow wird gegen das Urteil Berufung einlegen.

Deutsches Reich.

Handelskammern und Rechtsentwicklung.

In der jüngsten Nummer der „Rsch. Jur.-Ztg.“ eröffnet der Syndikus der Handelskammer in Frankfurt a. M., Dr. Trumpler, in interessanten Darlegungen den Zusammenhang zwischen Handelskammern und Rechtsentwicklung. Dabei werden als Handelskammern naturgemäß nicht nur diejenigen staatlichen Einrichtungen, die offiziell diesen Namen tragen, sondern auch solche Organisationen zusammengefaßt, wie die Korporation der Kaufmannschaft in Berlin, der Handelsortsdand in Nürnberg und noch einige andere kaufmännische Korporationen, die die Stelle von „Handelskammern“ vertreten. Diese sind, wie es sogar die den nachfolgenden Einflüssen die Rechtsentwicklung gehabt haben, weil sie bereits in einer Zeit, als die Vertretung des Handelsstandes noch nicht auf gesetzlicher Grundlage beruhete, tätig werden konnten.

Der Handelskammern ist heute das Recht auf Teilnahme an der Entwerfung auf Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung in vielen Fällen gelegentlich verbriefet. Trumpler weist darauf hin, daß Vertreter des Kaufmannstandes beim Auswärtigen Amt in Fragen des Auswanderungswesens, zum Kolonialamt und zum Wirtschaftlichen Auswärtigen, beim Reichsamt des Innern zur technischen Kommission für Seeschifffahrt, zur Kommission für Arbeiterstatistik, zum Börsenwesen und zur Berufungskammer in Börsenrechtssachen, beim Statistischen Amt zur Kommission für die Schöpfung von Handelswerten, beim Reichsversicherungsamt für gewerbliche Unfallversicherung und zum Aufsichtsamte für Privatversicherung hinzugezogen werden. Die Handelskammern sind ferner im Ausschusse der Reichsversicherungsämter der Ständigen Tarifkommission, in den Wirtschaftsbekanntenen und Schlichterämtern, in den Gewerbe- und Arbeiterkammern, in einigen Staaten auch in der ersten Kammer vertreten. Die schlagend die Handelskammern vor, stellen Reklamen zur Prüfung des Gründungsergebnisses bei Aktiengesellschaften, unterliegen die Registergerichte bei Führung des Handelsregisters usw. In allen diesen Fällen ist ihre Einwirkung auf die Gesetzgebung, auf die des Angehörigen von Handel und Industrie in erster Linie antommen, auch immer nur eine mehr nebenläufige. Wesentlich bedeutungsvoller ist in dieser Hinsicht die tatsächliche Tätigkeit der Handelskammern bei der Vorbereitung von Gesetzen. Diese ist nun in einer ganzen Reihe von Bundesstaaten teils unbedingt, teils „hemi-tantlich“ vorgezogen, nicht jedoch in dem größten deutschen Bundesstaate, in Preußen.

Diese Ausnahmestellung, die Preußen nebst Sachsen-Weimar, Braunschweig, Oldenburg und Anhalt einnimmt, spricht, wie man so sagt, Bände. In Preußen werden zwar, wenn es den mit der Vorbereitung von Gesetzen betrauten Regierungskammern paßt, auch Handelskammern um tatsächliche Anregungen angesprochen. Wenn es ihnen aber nicht paßt, dann lassen sie es über sich ergehen, die Vertreter der Arbeiterkammern, die in allerster Linie auszusprechen. Man kann sich unter solchen Umständen nur wundern, daß es dem Handelslande überhaupt möglich gewesen ist, etwas Einfluss auf die Gesetzgebung zu gewinnen. In Preußen merkt man ja denn auch im Gegenteile zum Reiche kaum etwas davon.

Neue Sturmzeichen für unsere Kolonialverwaltung?

Einer unserer bekanntesten Kolonialpolitikler schreibt der „M. Ztg.“:

Wer seit der Ernennung des Dr. Solf zum Staatssekretär des Kolonialamtes die Tagespresse verfolgt hat, für den kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Hoffnungen auf Kolonialfreunde auf eine enge, ruhige, dem Parteilager entzogene Entwicklung unserer Kolonialverwaltung seine Aussicht auf Erfüllung haben. Denn die Zentrumsblätter sprechen in dieser Beziehung eine so ununterbrochen deutliche Sprache, daß man sich heute schon ein klares Bild darüber machen kann, welche Stellung der neue Leiter unserer Kolonialverwaltung einnehmen wird. Eine gewisse, wenn auch noch ungewisse, deren Stellung in der Hand des Herrn Erberger liegen wird, um warum das? Es ist geradezu eine Ironie des Schicksals, daß diejenige Presse von der Ernennung des Dr. Solf mit einer Zurückhaltung

oder offener Feindseligkeit Notiz nimmt, deren Mangel an Discretion Herr Dr. Solf allein seine Ernennung veranlaßt. Denn die Zeitungsblätter ermahnen, weil die beschriebene Ernennung des Freiherren von Bismarck aus politischen Gründen unmöglich geworden war. Und diese Wendung der Dinge muß sich den Zentrumsblättern ganz allein auf ihr Konto schreiben. Das kam jedoch sehr bald. Als in den Zeitungen die Frage der ernünftigen Ernennung des Staatssekretärs für die Kolonien erörtert wurde, brachte zuerst die „Königliche Staatszeitung“ die Information aus Berlin, daß die Entscheidung über die Persönlichkeit, welche die Nachfolge des Herrn v. Bismarck antreten sollte, erst nach den Wahlen fallen würde. Die „Germania“ war bald darauf in der Lage, diese Nachricht als zutreffend zu bezeichnen. Damit war der Zusammenhang der Ernennung des Staatssekretärs mit den Wahlen offenkundig. Und da die Kenntnis dieser Dinge zuerst von den Zentrumsblättern verbreitet wurde, gehörte kein überzogenes Maß von Schärfe dazu, den wahren Sachverhalt zu begreifen. Und die zentrumsfeindliche Presse hat ihm denn auch sehr schnell begriffen.

Tatsächlich sollte Herr von Bismarck nach den Wahlen zum Staatssekretär ernannt werden, das wußte er und die gut unterrichteten Kreise. Die zentrumsfeindliche Presse benutzte nun bekanntlich die bevorstehende Ernennung Bismarcks zu überaus scharfen Angriffen gegen den Reichstagsler, der sich infolge dessen genötigt sah, in hochschifflöser Form seine Entscheidung zugunsten des bisherigen Gouverneurs von Ostafrika abzulehnen. Wer weiß, der Reichstagsler mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen alles an Entscheidungen zurückgestellt hat, die zu einer Verstärkung der politischen Gegensätze führen könnten, der wird keine Stellung zu der Ernennung des neuen Staatssekretärs der Kolonien ohne weiteres begreifen. Herr v. Bismarck wäre als Staatssekretär nach Wählung der Wahlen gekommen, dieser Entschluß hätte bei Herrn von Bismarck wohlweislich die Zentrumsblättern hat ihm aber die Durchführung unmöglich gemacht.

Und so wurde Dr. Solf Staatssekretär, dem für diese Entscheidung ein großes Wohlwollen zugute kam, das der Kaiser seit Jahren für ihn empfindet.

Herren von Marshalls Rücktritt.

Ueber bevorstehende wichtige Veränderungen im diplomatischen Dienst hatte ein Berliner Montagsblatt kürzlich schon Nachrichten verbreitet, denen von keiner Seite widersprochen worden ist. Dasselbe Blatt erzählt nun weiter aus der gleichen informierten Quelle, daß noch weitere Veränderungen, als die schon mitgeteilten, in Aussicht stehen.

Der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Freiherr von Marschall, beschäftigt sich angeblich, sich im Laufe des Jahres 1912 in den Ruhestand zurückzuziehen und damit seine letzte diplomatische Laufbahn zu beschließen. Die besten Aussichten, Marshalls Nachfolger zu werden, hat der Gesandte in Bukarest, Dr. Klotz, von dem es schon lange heißt, daß er für einen wichtigen Posten bestimmt sei. Auch in Kopenhagen dürfte bald eine Personaleneränderung erforderlich werden. Der jetzige Gesandte, Herr v. Bismarck, ist schwer erkrankt und unterliegt sich augenblicklich einer Operation in Paris. Die Aussichten auf eine Besserung sind nur gering und man erwartet daher, daß Freiherr v. Bismarck bald durch eine andere Persönlichkeit ersetzt werden wird. Sicher ist es auch, daß der Gouverneur von Ostafrika, Herr v. Bismarck, in den diplomatischen Dienst übernommen werde, und zwar den Gesandtenposten in Christiania erhalten soll.

Heer und Flotte.

Verklärung des Wachkommandos des 10. Armeekorps auf Vortum. Die Folge der letzten Spionageaffären dürfte eine bedeutende Verklärung des Wachkommandos auf der Insel Vortum sein. Das Wachkommando bestand bis jetzt aus einem Detachement unter Führung eines Oberleutnants, das von den vier Infanterie-Brigaden des 10. Armeekorps abwechselnd gestellt wurde. Bis zum 1. Januar hatte die 88. Infanterie-Brigade in Hannover (75er und 74er) das Wachkommando gestellt und vom 1. Januar ab sollte die 37. Infanterie-Brigade (75er und 91er) das Kommando stellen. Diese Abänderung wird jedoch nicht stattfinden und das jetzige Wachkommando wird bis zur unabweisbaren Regelung des Verhältnisses, die in Kürze stattfinden dürfte, auf der Insel Vortum bleiben. Es dürfte also in Zukunft eine größere Truppenabteilung auf der Insel Vortum sein, wie es heißt, auch einen eigenen Kommandanten erhalten soll, stationiert werden.

Hof- und Personalsnachrichten.

Die Kaiserreise nach England.

Weldungen aus London zufolge soll Kaiser Wilhelm die Absicht haben, im September einer Einladung des Earl Lansdowne zur Jagd Folge zu leisten. Wie dazu die „Neue Preuss. Korrespondenz“ hört, ist es in der Tat nicht unwahrscheinlich, daß Carl Lansdowne, der mit Kaiser Wilhelm befreundet ist und erst vor wenigen Wochen bei ihm zum Besuche wurde, den Monarchen zur Jagd eingeladen hat, und ebenso ist es sehr wohl möglich, daß Kaiser Wilhelm geneigt ist, der Einladung zu entsprechen. Voraussetzung eines Aufenthalts des Kaisers in England, dürfte wenn es sich um die Teilnahme an der Jagd eines Privatmannes handelt, dürfte aber sein, daß zuvor der König von England seinen Akkreditivschreiben am Berliner Hof macht. Da vor kurzem gemeldet wurde, daß König Georg im Frühjahr eine europäische Reise beabsichtigt, so ist die Annahme eines herbstlichen Kaiser Wilhelms auf englischem Boden nicht ganz gegenstandslos.

Herrn v. Sprengel von Bayern und Herzog Albrecht von Württemberg haben Mittwochs vormittag Berlin verlassen. Der Reichstagsler empfing am Dienstag den Besuch des japanischen Botschafters Kaitchi Sougimouta und den Besuch des österreichisch-ungarischen Botschafters Grafen Spöckgratz.

Der großbritannische Botschafter Sir Edward Goschen ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen.

Ausland.

Das Bekunden Kaiser Franz Josephs.

Das Wien wird gemeldet: In Hofkreisen verlautet, daß der Kaiser in diesem Jahr, der fernandischen Hofgesellschaften, wahrscheinlich nicht beimohnen wird. Wahrscheinlich ist hierfür der Umstand, daß er noch immer der Schöpfung bedarf, wenigstens sein

Bestehen gegenwärtig vollkommen zufriedenstellend ist. Der Kaiser möchte sich, so wird erklärt, zu diesem Zwecke in die Hofburg begeben, und da er in späteren Abendstunden die Fahrt nach Schönbrunn kaum machen würde, auch in der Burg übernachtet. Dadurch wäre immerhin die Möglichkeit einer neuerlichen Entfaltung gegeben. Es sieht nach nicht fern, ob wie in den letzten Jahren, ein großer Hofball oder nur eine kleinere Festschicht veranstaltet werden wird.

Die türkische Ministerkrise.

Aus Konstantinopel wird der Frankfurter Zeitung gemeldet:

Als Dienstag das neugebildete Kabinett zu einer Beratung zusammentrat, entstand sofort eine neue Krise, indem der Minister des Inneren, Talat, auf das Verweilen der Vorsitzenden. Der Justizminister Memduh übernahm schließlich provisorisch die Leitung des Ministeriums des Inneren. Das gesamte Kabinett trägt nur einen provisorischen Charakter. Sollte die Auflösung der Kammer durchgeführt werden, so dürfte das Ministerium schon in der nächsten Woche durch Mitglieder vom linken Flügel der Komitpartei eine Stärkung erfahren.

Die jüngste Republik.

Quangschitai bleibt im Amt?

Quangschitai hat seine Demission zurückgezogen, nachdem die Kaiserin-Witwe seine Bedingungen erfüllt und Geld aus den Schätzen der Manchu-Prinzen zur Verfügung gestellt hat. Er versicherte die Gesundheitszustand in Peking, daß er entschlossen wäre, für die Einführung einer konstitutionellen Monarchie in China seine Kräfte einzusetzen. Er drückte die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen werde, das nördliche China, nördlich vom Yangtschiang, der Dynastie zu erhalten. Der Süden würde dann bald einsehen, daß die Republik in China nicht lebensfähig ist, und sich der Zentralregierung wieder anschließen. Die kaiserlichen Truppen, die zum Teil nicht mehr für die Manchu-Prinzen kämpfen wollten, sind bereit, für eine konstitutionelle Monarchie mit Quangschitai zu gehen. Treu zum Kaiserhaus stehen auch die mongolischen Hauptlinge. Sie haben 10.000 Reiter bewaffnet, die gegen die Republik kämpfen wollen.

Das mächtigste Schiffschiff.

London wird gemeldet:

Wittwoch wurde der dritte Lieberbreednought „Orion“ in Portsmouth in Dienst gestellt. Der „Orion“ ist das vierte der vier Schiffe, die mit den kürzlich abgekauften Geschützen ausgestattet sind, und in kurzer Zeit dienstbereit sein werden. Der „Orion“ ist das mächtigste Kriegsschiff der Welt; eine einzige Breitseite gibt Geschosse im Gesamtgewicht von 1250 englischen Pfund ab. Das Schiff ist um ein Drittel länger als die „Triton“, der letzte deutsche Dreadnought.

Eisenbahnerstreik in Argentinien?

In Buenos Aires droht ein allgemeiner Ausstand der Lokomotivführer und Heizer der Eisenbahnen, da die Gesellschaften sich weigern, deren Forderungen zu bewilligen. Ein Versuch des Ministers des Inneren, eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen, ist gescheitert; die Eisenbahner haben die letzten Vergleichsvorschläge abgelehnt.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 4. Januar

Eine Steuerermäßigung um zwei Prozent

will bekanntlich unser Magistrat bei der Stadtratsordnungsversammlung beantragen. Er ist sich dabei bewußt, daß er dank unserem günstigen Etatsabschluß, eine viel kräftigere Ermäßigung vorschlagen könnte, aber er wünscht für die Zukunft vorzulegen durch Schaffung eines Ausgleichsfonds. Zu den wenigen Städten, die auch die Steuern ermäßigen können, gehört sich neuerdings Breslau. Der Steuerordnungsabschluß des Breslauer Magistrats sieht eine Herabsetzung der Steuererträge bei der Einkommensteuer von 172 auf 166 Prozent vor.

Misstände im Offenbarungseidverfahren.

Die Mängel und Schäden des heutigen Offenbarungseidverfahrens sind in letzter Zeit mehr denn je sichtbar und offensichtlich geworden. Gewissenlos und hässlich sind Schuldner gegenüber kommt der Gläubiger heute nur noch selten zu seinem Rechte, da diese Kategorie von Schulden, von den Hintertüren, die ihnen die jetzige Regelung des Offenbarungseidverfahrens offen läßt, zum Nachteil und auf Kosten der Gläubiger Gebrauch zu machen.

Auf die hier bestehenden Misstände, auf die wirtschaftliche Mängel und Dringlichkeit ihrer Beseitigung haben die Vertreter der Kaufmannschaft von Berlin bereits im vorigen Jahre in einer an den Staatssekretär des Reichsjustizministeriums gerichteten Eingabe hingewiesen, auf die ihnen die Antwort nicht geworden ist, die Regierung werde dafür Sorge tragen, daß die von den Vertretern aufgestellten, als „sich erweisenswert“ bezeichneten Vorschläge bei der bevorstehenden allgemeinen Reform der Zivilprozessordnung eingehend geprüft würden.

Inzwischen haben die Vertreter der Kaufmannschaft von Berlin die Frage weiter verfolgt und unter den Anknüpfen von Berlin eine Umfrage über das Offenbarungseidverfahren veranstaltet. Auf Grund des ihnen reichlich zugegangenen Materials sind die Vertreter jetzt mit einer neuen, sehr ausführlichen und wohl begründeten Eingabe hervorgetreten, in der zunächst die früheren Ausführungen ergänzt und sodann vier weitere Reformvorschläge gemacht werden. Der erste der neuen Vorschläge betrifft die Veränderung der heutigen Art der Ausschließung des Vermögensverwalters, der zweite Vorschlag empfiehlt eine gezielte Feststellung der nachträglichen ebenzeitigen Ergänzungsmöglichkeit eines ungenauen Vermögensverzeichnisses. Ein dritter Punkt beschäftigt sich mit dem Widerspruch des Schuldners, durch den die Verpflichtung zur Eidesleistung befristet wird und mit dessen Hilfe heute der Schuldner das Verfahren um Wochen und oft sogar um Monate herauszuschieben vermag. Endlich macht die Eingabe noch aufmerksamer auf die Reformbedürftigkeit der Schuldfreiheit, wie sie für einen Schuldner, der den Offenbarungseid geleistet hat, heute besteht. Hier wird vor allem die Herabsetzung der letzten fünfjährigen Frist auf eine solche von 3 Jahren verlangt, da die fünfjährige Frist zu reichlich bemessen sei und in unserer schnelllebigen Zeit ein Vermögensumschwung rascher

sich zu vollziehen pflege, als dies vor 30 Jahren der Fall gewesen sei.

Uns zehnjähriger Arbeit in Deutsch-Ostafrika wird Sonntag, den 7. Januar, abends 8 Uhr, im Saale Albrechtsstraße 27 Herr Missionsinspektendent Kamrath aus Dar es Salaam berichten. Seit er am 7. Januar 1900 hinausging, hat er die dort sich vollziehenden großen Wandlungen gesehen und in leitender Stellung an ihnen mitgewirkt. Nach kurzem Aufenthalt in Europa, der namentlich auch wissenschaftlichen Arbeiten gewidmet ist, geht er im März d. J. wieder in sein Arbeitsgebiet zu gehen. Auf die Mitteilungen des erfahrenen Mannes sei besonders aufmerksam gemacht.

Provinzialnachrichten.

Der Dieb mit dem Revolver.

Aus Halle b. d. S. wird gemeldet: Dienstagabend gegen 8 Uhr wurde hier in dem Schreibzimmer des Amtsvorstehers Rüdike in Abwesenheit der Herrschaft ein Einbruch verübt und zwar durch den 18jährigen Buchhalter Dammhöler. Er verschaffte sich Einlaß in das betreffende Zimmer; nichtahnend öffnete die Wamsell die Haustür und trat ein. Mit einer Brechtgange, die er unter seinem Mantel versteckt hielt, ergriff D. dann den Schrank des Schreibtisches; die noch anwesende Wamsell drückte auf die Glocken, falls sie Hilfe holen wollte. Zum Glück fielen dem Buchhalter nur 70 Mark, nicht 2500 Mark, wie es zuerst hieß, in die Hände; den Geldschrank hatte er ebenfalls aufbrechen wollen, er mußte aber schließlich davon absehen. Am eifrigsten in den Stall und holte sich das Reitpferd heraus, das er zuvor gestohlen hatte, auch für einen gefüllten Futtertrog hatte er gesorgt. Eben im Begriff, zum Tore hinaus zu reiten, kam der Aufseher Armes schnell herbei, nach dem inzwischen die Wamsell geschickt hatte, der ihn vom Pferde herunterzog; auch diesen bedrohte D., die Schußwaffe wurde ihm jedoch von A. entzogen. D. wurde festgehalten, es gelang ihm jedoch in einem unbewachten Augenblicke, durch den Garten zu entkommen. Mittwoch vormittag erfolgte bereits seine Festnahme und zwar in Preßitz bei Friedeburg durch den dort wegen der Maul- und Klauenseuche rationierten Wachtmeister, dem er im Gäßchen direkt in die Hände fiel. Durch Wachtmeister Jena, der z. Z. in Wellshagen stationiert ist, wurde D. gefesselt nach Eisenach transportiert. Er stammt aus der Döberlinger Gegend und ist der Sohn eines Bäckermeisters.

Brand einer Zuckerraffinerie.

Göttingen, 2. Januar. In dem neuen Oberboden ist heute früh die der Firma Wäldele & Sohn in Hann.-Münden gehörige, erst vor zwei Jahren vollständig neu erbaute Zuckerraffinerie, Kamin- und Maschinenfabrik bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Das Feuer entbrach gegen 1/2 Uhr in der Maschinenfabrik und breitete sich, da hierfür ungenügender Wind herrschte und in Oberboden infolge seiner Höhenlage immer noch Wassermangel ist, mit großer Geschwindigkeit auf die Zuckerraffinerie aus. Von den Gebäuden konnten nur die Beamtenwohnhäuser mit großer Mühe gerettet werden. Auch mehrere 1000 Jentner Rohzucker wurden ein Raub der Flammen. Der gesamte Schaden an Gebäuden, Maschinen, Rohstoffen usw. beläuft sich auf 1 1/2 bis 2 Millionen Mark, aber reichlich durch Versicherung gedeckt ist. Die Entschädigung des Nebenbrenners ist zweifellos auf Brandstiftung zurückzuführen. Die Feuerwehren aus der ganzen Gegend waren zur Stelle, konnten aber infolge des Wassermangels nichts ausrichten. Der Feuerwehrt des nahen Städtchens Transfelden fehlten leider bis zur Döberlinger Wasserleitung noch etwa 150 Meter Schläuche. Dagegen gelang es den vereinten Bemühungen der vereinigten Wehren, das heute früh stark gefährdete Bahnhofsgebäude der an der Göttingen-Galsterer Bahn gelegenen Bahnstation Oberboden zu retten.

Drei Personen purlos verurteilt.

Heldringen i. Thür., 2. Jan. Am Sonnabend, 30. Dezember, fuhr die Frau Prosta Jakobett in Heldringen nebst ihren 12 bzw. 4 Jahre alten Söhnen nach Erfurt, um einen Zahnarzt zu konsultieren. Seitdem sind die drei Personen nicht nach Heldringen zurückgekehrt. Auch bei dem Erfurter Zahnarzt sind sie nicht gewesen. Alle polizeilicheren Ermittlungen nachheren sind bisher erfolglos.

Mord und Selbstmord.

Magdeburg, 2. Jan. Heute vormittag erschöß der Handelsmann Volkman nach einem Streit seine Ehefrau und dann sich selbst. Die Leute lösten schon seit längerer Zeit in Unfrieden, indem es hier wegen Vermögensstreitigkeiten zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen ist. Der Ehemann, der übrigens zum dritten Male verheiratet ist, scheint die Tat schon länger geplant zu haben.

Mordattentat auf die Schwester.

Eisenach, 3. Jan. Gestern feuerte der jugendliche Arbeiter Kommer in der Wohnung seiner Eltern in der Frankfurter Straße auf seine 20jährige Schwester fünf scharfe Schüsse ab, von denen einer das Mädchen im Gesicht schwer verlegte. Der Täter stellte sich selbst der Polizei. Das Mädchen hatte sich geweigert, ihm Geld zu geben.

Delitzsch, 2. Jan. (Gasvergiftung.) Der Buttergeschäftshaber Schirmer wurde tot in einer an den Laden angrenzenden Stube aufgefunden. Der Gasofen war offen. Es ist noch nicht aufgeklärt, ob ein Unglück vorliegt.

Weißfels, 3. Jan. (Verleitetes Gauenstrich.) Am letzten Sonnabend kam in 19jähriger Reife mit Pferd und Wagen beim Fleischermeister Behner hier vorzufahren und wollte das Pferd zum Schlachten verkaufen. Dem Meister kam das Angebot verdächtig vor und er benachrichtigte die Kriminalpolizei, die dann auch feststellte, daß der junge Mensch ein Diebstahl der Gutsbesitzerin Götting aus Scheitau war und dessen Todter mit dem Wagen abholen sollte. Statt dessen Aufbruch auszufahren, wollte der Burleske Pferd und Geschirr zu Geld machen. Er wurde verhaftet.

Weißfels, 3. Jan. (Wahl.) Die Stadtratsordnungen wählten in ihrer letzten Sitzung Bürgermeister Döberich aus Wehner zum unbefristeten Stadtrat. Der neue Stadtrat war lange in Erfurt tätig. Er tritt an die Stelle des als Senator nach Stettin gewählten Stadtrates Krause.

Weißfels, 3. Jan. (Die Maul- und Klauenseuche) hat hier und da Verheerungen durch die bestehenden gesetzlichen Anordnungen gebracht, so daß gerichtliche Verurteilungen eintreten mußten. Der Landwirt Otto R. in Döberitz erhielt kürzlich einen Tag Gefängnis von Wehrburger Schöffengericht

zugespochen, weil er während der Zeit der Maul- und Klauenseuche in sein Geschäft, das zu dem Bezirksgelände gehörte, eine Kuh eingeführt hatte.

Zeitz, 3. Jan. (Die Bevölkerung der Stadt Zeitz) betrug am 30. November 1911 33.483 Einwohner. Unter Berücksichtigung der Geburten- und Sterbefälle, sowie der erfahrungsgemäß nicht gemeldeten Fortzüge, beträgt die Bevölkerung am 31. Dezember 1911 33.480 Einwohner.

Kelbra, 3. Jan. (Goldene Hochzeit.) Am Neujahrstag beging das Bahnmärker Fr. Bauerfeldische Ehepaar das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Das Jubelpaar steht im 74. Lebensjahre bei verhältnismäßiger Mäßigkeit.

Camburg, 1. Jan. (Neuer Saalbau.) Die beiden Dörfer Weichau und Raatzien, welche an der Saale einander gegenüberliegen, konnten seither nur durch eine Fähre miteinander verkehren. Nachdem vor 10 Jahren der Fräuhmann Wolfram erkrankt und nachher noch mehrmals Personen in die Gefahr des Ertrinkens kamen, wurde der Fährbetrieb verboten. Der Plan, eine neue Fußgängerbrücke über die Saale herzustellen, hat nun endlich greifbare Gestalt angenommen. In seiner letzten Sitzung beschloß die Ratversammlung damit und bewilligte der Gemeinde Raatzien einen Zuschuß, der sie in den Stand setzt, eine zum Zwecke des Brückenbaues aufzunehmende Anleihe zu veranlassen und zu tilgen.

Naumburg, 3. Jan. (Vermißt.) Seit länger denn einer Woche wurde der Weingarten 33 wohnende Schulmeister Ungewiß vermißt, und da sich auch bei der amtlichen Eröffnung seiner Wohnung keine Auskunft über seinen Aufenthalt finden ließ, so nimmt man an, daß er seine Frau öfters ausgeproben und vermisst hat, eines Tages auf Kimmern überfahren zu sein.

Gößgau, 3. Jan. (Maul- und Klauenseuche.) Von dem Bezirksrat ist auf dem hiesigen Kammergute die Maul- und Klauenseuche festgestellt worden.

Frankenhäuser, 3. Jan. (Goldene Hochzeit.) Das festschöne Fest der Goldenen Hochzeit zu begehen hat dem Schmelzer Johann Rindermannschen Ehepaar vergönnt. Der Jubilar ist noch im Betriebe der Firma H. Hornung tätig und wurde von seinem Arbeitgeber an seinem Ehrentage beschenkt. Herr Geh. Kirchenrat Hesse überreichte die von den Landesherren verliehene Prädikatsel dem Jubelpaar und segnete dieselbe ein.

Gunbelsau, 2. Jan. (Unter Vergiftungserscheinungen verstarb) hier plötzlich der Knecht Braunsdorf, der mit zwei anderen Knechten in Zeitz gewesen war und dort ein Beestück gefressen hatte, nach dessen Genuß ihm überlief. Der Staatsanwalt hat die Leichen beschlagnahmt.

Deßau, 3. Jan. (Ein Biberbau) befindet sich am Peiser bei Wallmühlhausen zwischen der sogenannten Peiserbrücke und der Eisenbahnbrücke. In der Nähe des Baues sind die Stämme verschiedener Bäume angelegt; einige starke Stämme sind bereits von den Tieren gefressen.

Pölsitz, 2. Jan. (Ein gemeiner Streich) haben sich in der Neujahrsvorrede bisher noch nicht ermittelte Ruben insofern geübt, daß sie in der Schultage ca. 20 Bäume durchlöchernten.

Sonberhausen, 3. Jan. (Neue Chloralkalifabrik.) In der Bezirksratsversammlung gelangte auch der Antrag der Gewerkschaft „Bildau“ hier auf Genehmigung zur Errichtung einer Chloralkalifabrik in der Frau Verta mit Ableitung der bei dem chemischen aufstehenden schädlichen Abwässer in die Wipper zur Verhandlung. Nach langer Beratung erließ der Bezirksrat trotz vieler Einprüche die Genehmigung.

Weimar, 3. Jan. (Altenheim.) Die Inventur der in dem hiesigen Geschäft der Firma Drtmeyer umfangreiche Diebstahlzute wurde festgestellt. Aus einem für den Verkauf nicht benutzten Laden, in dem die Firma für etwa 100.000 Mark Waren aufbewahrt, sind noch und noch für etwa 100.000 Mark Seidenstoffe, Wäsche, Betten, Nachtmatten usw. gestohlen worden. Die Diebstahlzute gelangte durch die Vermittlung eines früheren Angestellten der Firma, der sich einen Nachschlüssel hatte machen lassen und diesen Nachschlüssel an den Kaufmann Behr abgegeben hatte. Wehr war etwa 30 bis 30mal in den Lagerraum eingedrungen und hat aus diesem die Warenvorräte entwendet. Den größten Teil der gestohlenen Waren hat eine andere hiesige Firma den Dieben abgekauft. In Haft genommen wurden der Kaufmann Behr und dessen Ehefrau, sowie der Kaufmann Löber aus Camburg a. S., der früher bei der Firma Drtmeyer angestellt war, und ein Herr v. Hinkel, der ebenfalls an den Diebstählen beteiligt war. Die Firma Drtmeyer hat von den entwendeten Waren nur für etwa 3000 Mark zurückgehalten.

Gerichtsverhandlungen.

Der viestellige „Bräutigam“.

(Nachr. verb.) S. u. H. Leipzig, 31. Dez. Wegen gewerkschaftlichen Heiratschwindels hatte sich vor dem hiesigen Landgericht der 40 Jahre alte Hensterepiger Georg Kagerel vor hier zu verantworten.

Der Angeklagte, der früher selbständig ein Glasreinigungs-Institut betrieben hatte, beschloß eine eigene Wohnung, zu deren Beheizung er eine Hauspächterin gebunden hatte, mit der er in nähere Beziehungen trat. Durch das Verprechen, sie zu betrauen, mußte Kagerel, der sich den Anschein eines vermöglichen Mannes zu geben verstand und behauptete, eine größere Anzahl von Arbeitern zu beschäftigen, keine Hauspächterin zur Herabgabe bald größerer, bald kleinerer Summen zu bewegen; als ihm diese Beträge zur Beheizung seines Aufwandes nicht mehr genigten, bestimmte er seinen „Wirtungskreis“ weiter aus und trat auf dem Wege von Zeitungsannoncen gleichzeitig mit drei Frauenpersonen in Verbindung, denen er sich ebenfalls als vermöglicher Geschäftsmann vorstellte, der ein jährliches Einkommen von 5000 Mark besäße. Unter verschiedenen Vorwörungen mußte er den vertrauensseligen, betrübsüchtigen Frauen Geldbeträge bis zu 1000 Mk. abzuschnübeln, wozu er, um seine Opfer lieber zu machen, in der Werkstätte operierte, daß er den Subjektstanz anstauente, feierliche Verlobungsfeier abhielt und dergl. Auf Veranlassung eines der Frauen, das mitreuefich geworden war, wurde Kagerel festgenommen. Wie groß die Zahl der von ihm Betrogenen wirklich ist, läßt sich nicht feststellen, da bereitwilligweise so manche verlesene „Braut“ es vorgezogen haben mag, lieber den materiellen Schaden zu tragen, als vor Gericht zu erscheinen. Bei der Verhandlung gab sich der gefällige Angeklagte den Anschein, als bezwecke er seine Schwindelbühne aufzurichten. Wie fest er seine Opfer zu umgarnen verstanden hatte, erhellt daraus, daß eines der verlassenen Mädchen noch in der Verhandlung erklärte, von den realen Absichten des Angeklagten noch jetzt überzeugt zu sein.

Das Gericht verurteilte Kagerel wegen gewerkschaftlichen Heiratschwindels zu einem Jahr Gefängnis.

Wannau, 3. Jan. (Die Herstellung von Vorklandungen) aus Hochentkernen, womit sich die Gelehr-

Wort verlangt in der in Bad Harzburg diegenen Worte steht, hat bekanntlich zu verschiedenen Prozessen Anlaß gegeben, die der Verein deutscher Portlandzementfabrikanten in Berlin gegen die Portlandzementfabrik Bergania in Bad Harzburg wegen unlauteren Wettbewerbes anhängig gemacht hatte. Die Klagein bezug auf die Befugnisse des Rechts, ihr aus Hofschloßladen bezogenes Fabrikat "Portlandzement" zu nennen. Sie beantragte daher, die Befugnisse zu vernichten, die Anwendung dieser Bezeichnung zu Geschäftsmedien zu unterlassen und deren zu willigen, daß das Wort Portland aus ihrer Firma gelöscht wird. Die Befugnisse erhoht aber den Einwand der Unanständigkeit des hiesigen Landgerichtes mit der Begründung, daß der Hauptteil der Gesellschaft Bergania in Berlin, in Bad Harzburg dagegen nur eine Filiale sei. Von der 2. Kammer des Landgerichtes wurde die Sache zurückgewiesen. Die von der Befugnisse dagegen beim Oberlandesgericht eingelegte Berufung ist jetzt vom 2. Zivilsenat als unbegründet verworfen worden.

Der Wahlkampf.

Auf jede einzelne Stimme kommt es an am 12. Januar.

Die häufig die einzelne Stimme bei Reichstagswahlen eine große Rolle spielt, dafür führt die "Allg. Volkszeitung" lehrreiche Beispiele an: Bei der Reichstagswahl 1877 unterlag das Zentrum in Freiburg-Waldkirch in der Stichwahl dem Nationalliberalen Bürtlin mit 9634 gegen 9643 Stimmen. Im Wahlkreis Schwaben-Württemberg z. 1. stellten den Nationalliberalen 1881 nur 8 Stimmen zum Siege in der Hauptwahl. Bei der Erstwahl 1904 überlegten die Nationalliberalen mit 7036 nur um 3 Stimmen vor den Konfessionen, die dadurch aus der Stichwahl gedrängt wurden und das Mandat einbüßten. Bei der Wahl 1908 folgten sich in G. m. r. s. e. i. m. Nationalliberalen und Zentrum mit 8225 bzw. 8223 nicht auf dem Zuge. In verschiedenen Kreisen des Ostens dreht es sich beim Kampfe zwischen Polen und Deutschen meist nur um einzelne Stimmen. In Schw. w. fehlten 1903 den Polen in der Hauptwahl nur 25 Stimmen zum Siege. Sie wurden in der Stichwahl gedrängt, in der sie dann, obwohl sie mehr Stimmen als in der Hauptwahl aufbrachten, doch der Reichspartei unterlagen. Wehrlich lagen die Verhältnisse bei der Erstwahl 1896 und bei den Hauptwahlen 1890. In Thorn-Kulm fehlten den Polen 1893 bei 2200 abgegebenen Stimmen nur 8 Stimmen zum Hauptvorteil. 1871 hatten hier 700 polnische Stimmen 7103 nationalliberale gegenüber. In Graub. u. Strassburg fehlten 1907 den Nationalliberalen bei 2702 abgegebenen Stimmen nur 70 Stimmen zum Siege im ersten Wahlgange. 1907 wurde in Saarburg-Salzburg der Unabhängige Köpflinger Labroise mit 10355 von 20706 Stimmen gewählt. Das Zentrum hatte 8847 und die Sozialdemokratie 1471 Stimmen erhalten. Labroise siegte mit nur mit 4 Stimmen über die absolute Mehrheit. In G. l. i. n. g. wurden 1898 7860 nationalliberale Stimmen, 448 des Zentrums und je 6249 der Volkspartei und der Sozialdemokraten gewählt. Zwischen den Kandidaten der Volkspartei und der Sozialdemokraten mußte also das Los entschieden werden, das zugunsten der Volkspartei entschied, deren Kandidat Brodbeck mit den Nationalliberalen in der Stichwahl gelangte und auch siegte.

Das Zentrumblatt hätte auch den Wahlkreis Metz-Burgund nicht erwähnen können. Dort ging den Freireisigen 1887 ihr Mandat erst durch das Los verloren. Der bisherige freireisige Abg. Kämpe kam mit dem Freireisigen Neubarth in die Stichwahl, in der beide je 12047 Stimmen erhielten. Das Los entschied hierauf zugunsten des Freireisigen.

Grundlose Vorwürfe.

In Flugblättern und in Verammlungen wird von sozialdemokratischer Seite gegen die Freireisigen der Vorwurf erhoben, daß sie Schuld wären an der Bestimmung des neuen Einkommenssteuergesetzes von 1906, monoch die Arbeitergeber verlastet sind, des Einkommens ihrer Angehörigen, letztere es 8000 Mark nicht übersteigt, der Steuerbehörde anzuzeigen. Diese gegen die Freireisigen erhobene Beschuldigung ist falsch. In Wirklichkeit haben sich die Freireisigen mit aller Entschiedenheit gegen die Bestimmung gewehrt, und sind dabei auch von den Nationalliberalen und einem Teil des Zentrums unterstützt worden. Die Freireisigen haben sowohl die Bestimmung wie das ganze Einkommenssteuergesetz abgelehnt, wie aus den Beratungen des Abgeordnetenhauses klar hervorgeht. Schon in der Sitzung vom 11. Mai, bei der zweiten Lesung des Gesetzes, hatten die Freireisigen sich gegen die tragliche Bestimmung gewandt, welche durch die Kommission in das Gesetz hinein gebracht worden war. Der freireisige Abgeordnete Dr. Crüger beschränkte einen freireisigen Antrag (Gehalt), die Bestimmung zu streichen. Auch die Abg. Dr. Reil (Holl.) und Reich (Zit.) erklärten sich dafür, trotzdem wurde die Bestimmung von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses einstimmig erhalten. Ferner erklärte bei der 3. Lesung der Novelle zum Einkommenssteuergesetz am 14. Mai 1906 der freireisige Abg. Gylling:

Unannehmbar ist ihm die Bestimmung, daß über Einkommen der Angehörigen bis 3000 Mark die Arbeitgeber durch die Behörde zur Auskunftserteilung angehalten werden sollen. Die Novelle entfere jedes großartigen Charakters; seine Partei lehne sie ab.

In der Gesamtabstimmung wurde dann das Gesetz gegen die Stimmen der Freireisigen angenommen. Hieraus geht klar hervor, daß die von sozialdemokratischer Seite gegen die Freireisigen erhobene Beschuldigung jeder Berechtigung entbehrt.

Die Schnapsflöhe als Jugmittel.

Aus Schlesien. Welche Dienste die Schnapsflöhe im konfessionellen Wahlkampf leisten, ergab eine Verammlung in Odel-Hersdorf (Wahlkreis Grünberg-Fraustadt). Am die Verammlung, zu welcher die "Einigkeit" Wähler eingeladen waren, zugrifflicher zu gestalten und vielleicht auch in der bestimmten Weise, die richtige Stimmung für den konfessionellen Wähler zu schaffen, wurden von Beginn sämtliche Tische mit gefüllten Schnapsflöhen besetzt. Trotz alledem waren nur 20 Wähler erschienen. Der Referent hat also das Vergnügen, zwar vor gefüllten Schnapsflöhen, aber vor leeren Stühlen zu sprechen. Die Bedeutung gewinnt der Vorgang dadurch, daß der konfessionelle Kandidat, Kommerzienrat B. u. G. l. i. e. Grünberg, in dessen Interesse die ganze Batterie von Füllstücken aufgeschoben wurde, Ausschlußmitglied der Wanderausstellung gegen den Sozialismus ist.

Vermischtes.

Neues Hochwasser in Glumenu.

Aus Glumenu, der bekannten deutschen Kolonie in Brasilien, sind kürzlich Nachrichten eingetroffen, monoch dort ein neues Hochwasser zu verzeichnen war. Der Glumenuer Urwaldbote schreibt unter dem 2. Dezember: Es ist, als ob der Staujahr, der sich volle vier Jahre friedlich in seinem Bette gehalten hat, das Verläumte nachholen will. Im Anfang der Woche waren wieder heftige Gewittergüsse niedergegangen. Am Dienstag regnete es 12 Stunden ununterbrochen, und in der Nacht zum Mittwoch stieg der Fluß plötzlich um fünf Meter. Bereits am Morgen trat das Wasser an den tiefsten Stellen an die Straße. Das Wasser stieg unablässig bis Donnerstag Mittag und erreichte einen Höchststand von 24 Metern über dem Nullpunkt des Pegels. Hilfe muß daher dringend not, und es sind noch bedeutende Mittel erforderlich, um die bedrängte Bevölkerung vor dem wirtschaftlichen Ruin zu retten. Das Bureau des unter dem Protektorat der Kaiserin stehenden Hilfskomitees, das sich für die durch das letzte Hochwasser Geschädigten gebildet hat, befindet sich in Berlin NW, Mosenstr. 10. Es hat bereits zahlreiche erhebliche Spenden erhalten. Abgesehen von der Spende des Kaisers im Betrage von 10000 Mark sind von der Firma Krupp in Essen 7500 Mark, von einer Anzahl großer Banken und Privatfirmen je 5000 Mark usw. eingegangen.

Die Herausgabe des Kassenbotes Coby.

§ Paris, 3. Januar. Der Pariser Geheimpolizei soll es gestern abend in später Stunde gelungen sein, die Identität von drei Banditen festzustellen, die sich an der Herausgabe des Kassenbotes Coby beteiligt haben. Obgleich die Polizei das strenge Stillschweigen bewahrt, will man wissen, daß einer der in Frage kommenden Leute Bonnot heiße und der nämliche sei, der vor einiger Zeit als Chauffeur seinen Reisegefährten, einen Italiener, bei Melun ermordet hat und dann spurlos verschwunden ist. Seine in den Händen der Polizei befindliche Photographie wurde mehreren Leuten vorgelegt, die dem Meberfall auf Coby beigezogen hatten. Drei von ihnen sollen Bonnot als den Mann wiedererkannt haben, der auf den Kassenboten feuerte. Es wird verifiziert, aller Wahrscheinlichkeit nach werde die Polizei heute noch eine Aufsehen erregende Verhaftung vornehmen.

Ein Kassenbote in Paris verschwindet.

Paris, 3. Januar. Beunruhigung erregt hier das Verschwinden eines Kassenboten in der Rue Venturi, der einen Scheck von achtzigtausend Franc zu einzuliefern hatte. Als er bis gegen Abend nicht nach dem Bureau zurückgekehrt war, holte man bei der Bank Auskunft ein und erfuhr, daß der Kassierer tatsächlich den Scheck einliefert hat. Auch in seiner Wohnung wurde er nicht angetroffen. Man weiß nicht, ob der Kassenbote geflüchtet oder ob er einem Unfall oder Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

Der tödliche Unfall des Großen Bellegarde in München ist auf eine Reihe merkwürdiger Zufälle zurückzuführen. Der mit allen modernen Sicherungen versehene Fahrstuhl im Palais des Grafen Königegg ist so konstruiert, daß die Zugangstür in allen Etagen nur geöffnet werden kann, wenn der Lift in dem betreffenden Stockwerk steht. Kinder hatten nun zuvor den Fahrstuhl benutzt und die Tür im oberen Stockwerk nicht ganz geschlossen. Es kam dazu, daß die elektrische Sicherung, die sonst die Tür verschlossen hält, wenn die Fahrtrabine sich in einem anderen Stockwerk befindet, nicht genügend funktionierte. Zu dem allem hatte der Graf noch die ledige Gewohnheit, den Lift rückwärts zu betreten, um so gleich mit der Front gegen Tür und Fahrtrabine zu stehen.

Ein dreifaches Todesurteil zum Teil aufgehoben. Das Schwurgericht Weichen beurteilte am 3. November 1911 den Schwurgericht Max Walters wegen dreifachen Mordes dreimal zum Tode, wegen acht verurtheter Morde, drei Morden verurtheter Todschlags, wegen Einbruchsdiebstahls und Sachbeschädigung zu einer Gesamtsstrafe von fünfzehn Jahren Zuchthaus und Ehrverlust. Auf die Revision des Angeklagten hat jetzt das Reichsgericht das Todesurteil in einem Teile aufgehoben, weil bei der Stellung der Schuldfrage an die Geschworenen irrtümlicherweise das Wort "vorsätzlich" fortgelassen worden war. Im übrigen wurde auf Verwertung der Revision erkannt. Falsche Polizeiverfahren. Im Frauenloster in Würzburg in der Oberpfalz wurden zwei Männer festgenommen, die, als Kollektionschwärmer verkleidet um Nachquartier gebeten hatten. Die Oberin hatte sie aber sofort als Männer erkannt.

Beim Eislauf ertrunken. Im Moosweißer bei Schmalsee (Oberbayern) brachen vier Schulknaben ein. Drei gerieten unter das Eis und kamen um; die Leiden sind bereits geborgen.

Charles Dikens Sohn gestorben. Wie aus New York telegraphiert wird, ist dort plötzlich der Sohn von Charles Dikens, Alfred Lemmon Dikens, gestorben. Er war erst am Freitag von einer Vortragstournee, die er nach Westamerika unternommen hatte, zurückgekehrt.

Witterungs-Aussichten.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienstag die Zimenu, Mittwoch, 3. Januar, 8 Uhr morg.

Zustandverteilung und Wetterlage in Europa.

Die Wetterlage erscheint gegen die gestrige wenig geändert; das atlantische Hoch hat sich noch etwas nordwärts verschoben. Die Niederschläge haben abgenommen, das Hochgebiet beschränkt sich auf den Norden und Nordosten Europas. Auch für morgen wesentliche Veränderung nicht zu erwarten.

Witterungsansicht für den 4. Januar:

Schwacher Wind, noch vielfach trübe, zeitweise aufheitend, trocken mild.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)

- 1. Januar: Neuschnee, Niederschlag, windig, nahe Null.
- 2. Januar: Wärme, leicht, trübe, leicht.
- 3. Januar: Wind, trübe, milde, windig.
- 4. Januar: Bewölkt mit Sonnenschein, nahe Null, Reif.
- 5. Januar: Nebel, teils heller, nahe Null, Wolkenschicht.
- 6. Januar: Veränderlich, Wolkenschicht, leicht, windig.

Letzte Nachrichten.

Ein deutscher Protest an die Pforte.

H. T. B. Konstantinopel, 3. Jan. (Privat-Telegramm.) Der deutsche Botschafter legte bei der Pforte schriftlich Verwahrung ein gegen die Sperrung italienischer finanzieller Etablissements in der Türkei. Baron Marschall wies darauf hin, daß, nachdem dem italienischen Residenten in der Türkei infolge des Kriegszustandes das Kapitulationsrecht vorenthalten wurde, welches Geleht in Anwendung gebracht werden müsse, welches aber eine solche Sperrung nicht vorsieht. Außerdem fügte das Botschafter die Schädigung derjenigen zu, deren Gelder bei den italienischen Banken deponiert sind und die nun behindert werden, über ihre Einlagen zu verfügen.

Friedensausichten im Tripoliskrieg?

Wien, 3. Jan. (Privat-Telegramm.) Seit einigen Tagen tauchen im Zusammenhang mit dem Kabinettswechsel in Konstantinopel immer neue Gerüchte von einem bevorstehenden Friedensschluß zwischen der Türkei und Italien auf. Die neuesten Meldungen vom Goldenen Horn besagen indessen, daß die Stellung des Kabinetts noch nicht bestimmt sei. Said Pascha sei für den Frieden. Es ist aber fraglich, ob bereits eine Basis für die Unterhandlungen gefunden wurde. Die Ansichten der beiden kriegführenden Mächte gehen nach wie vor auseinander. Ein Ausgleich dürfte schwer gefunden werden.

Rom, 3. Jan. Der italienische Dampfer „Giano“, mit 4000 Tonnen Kohlen für die italienische Kriegsmarine unterwegs, ist am 25. Dezember bei Tobruk gescheitert. Die Mannschaft wurde vom Dampfer „Amado Reggio“ gerettet.

Parlamentarisches aus Oesterreich.

Wien, 3. Jan. Offiziell wird mitgeteilt, daß man in Regierungskreisen noch vor dem Zutritt des Reichsrates an die Schaffung einer konsolidierten Arbeitsmajorität herangehen will. Die Verhandlungen werden zu diesem Zwecke in den Landtagen angeknüpft, besonders in Graz, wo die nationalpolitische Kommission in den nächsten Tagen zusammentreten wird.

Der belgische Grubenarbeiterausstand.

Brüssel, 3. Jan. Der Ausstand der Grubenarbeiter ist fast allgemein. Die Grubenrefektoren erklären sich bereit, gewissen Kategorien Aufbesserung zu geben. Die Kaufleute veröffentlichen einen Aufruf, in dem sie sich mit den Ausständigen solidarisch erklären und für wesentliche Lohnauszahlung eintreten. Morgen dürfte Generalkonferenz eintreten. Zahlreiche Gendarmepatrullen durchziehen die Stadt. Bisher ist es zu Ausschreitungen nicht gekommen.

Doppelraubmord.

Paris, 3. Jan. In Stills wurde in der letzten Nacht ein Doppelraub an einem 35jährigen Rentier und dessen 70jährige Haushälterin verübt. Es liegt Raubmord vor, da die Wohnung teilweise ausgeraubt und Geld entwendet worden war. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Madame Curie.

§ Paris, 3. Jan. Frau Curie unterzog sich heute in einer hiesigen Klinik einer Blinddarmpoperation. Die Ärzte erklären ihren Zustand für sehr ernst.

Börsennotiz.

w. Belgien, 3. Jan. An der hiesigen Börse ist ein Streik zu verzeichnen. Die Börsenbändler saßen den Entschluß, den Markt nicht zu besuchen. Ursache des eigenartigen Vorfalls ist der Umstand, daß zwischen den Belagerten und der Börse und aus Kommission Differenzen obwalten.

Sport-Nachrichten.

Der Verband deutscher Radrennbahnen hält seine ordentliche General-Verammlung am kommenden Sonntag ab. Da es dabei in der Hauptsache gilt, die Differenzen mit dem Deutschen Rennfahrer-Verband aus der Welt zu schaffen, so sind seitens des B. D. R. die beiden Vorstände des D. R. V. eingeladen worden, an der Generalversammlung teilzunehmen. Diese Einladung ist jedoch abgelehnt worden, da sich der letztgenannte Verband in der Ausnahmefolge Delegation keine Befreiungen auferlegen will. Im Interesse der Anbahnung eines besseren Verhältnisses wird sich daher der B. D. R. gezwungen sehen, die Einladung anders abzulassen.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meitner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Anzeigenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Familien-Nachricht.

Heute starb nach langem, schmerzvollen Leiden mein geliebter Mann, unser geliebter Vater, Grossvater, Schwager und Schwiegervater

Walter Schwabe

im 53. Lebensjahre. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen.

Berlin, den 2. Januar 1912.

Therese Schwabe geb. Stern.

Main table containing financial data, including sections for 'Deutsche Hypoth.-Pland.', 'Obligat.-Anleihe', 'Kurs- und Wechselnotizen', and 'Wochenskurs'. It lists various securities, their prices, and market movements.

